

THÜR. LANDTAG POST

11.03.2024 08:38

6776/2024

Freie Schulen  
in Thüringen

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Den Mitgliedern des  
AfBJS

Thüringer Landtag  
Z u s c h r i f t  
7/3315  
zu Drs. 7/9081

Landesarbeitsgemeinschaft der  
freien Schulträger in Thüringen

## Stellungnahme der LAG der freien Schulträger in Thüringen zur Anhörung zum Fünften Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Wolf,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

im Namen der LAG der freien Schulträger bedanken wir uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme im o.g. Gesetzgebungsverfahren und möchten auf mehrere Aspekte hinweisen.

### 1. Gemein- und Overheadkosten

Die vorgeschlagenen Änderungen in der Drs. 7/9081 sind aus unserer Sicht ein notwendiger Schritt, die im Jahr 2022 entstandenen Unklarheiten im Zusammenhang mit der Verwendungsnachweisprüfung 2021 aufzulösen. Die nach langen Jahren der eingeübten und bewährten Praxis geänderte Rechtsauffassung des Bildungsministeriums war für die freien Schulträger in Thüringen nicht nur ein Ärgernis, sondern eine in Teilen der Schullandschaft existenzielle Bedrohung. Das Vertrauen der Träger in das verlässliche Handeln von Verwaltung und Landesregierung hat dadurch Schaden genommen.

Das in Reaktion auf die einseitige Änderung der Rechtsauslegung entstandene Gutachten der Verfassungsrechtlerin Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf hat jedoch offenbart, dass die geänderte Rechtsauffassung des Ministeriums nicht von geltendem Recht gedeckt ist und gegen das Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft ebenso verstößt wie gegen die Verfassung. Gemäß ThürSchfTG umfasst die Finanzhilfe nach § 17 Abs. 1 Nr. 1 Alt. 2 jedenfalls die Overheadkosten (Sach- und Personalkosten) der Ersatzschulträger für die nicht-pädagogische Schulverwaltung (=äußere Schulverwaltung) als Schulaufwand, nicht jedoch die Overheadkosten (Sach- und Personalkosten) für die pädagogisch-inhaltliche Schulverwaltung (=innere Schulverwaltung). Ausgehend von der verfassungsrechtlichen Finanzhilfepflicht der Länder aus Art 7. Abs. 4 GG erstreckt sich der Anspruch der Ersatzschulträger allerdings sowohl auf die Overheadkosten der äußeren als auch der inneren Schulverwaltung (siehe Grafik).

### Datum

11.03.2024

### Ihre Nachricht vom

23.01.2024

### Unser Aktenzeichen

### Postanschrift

LAG Thüringen  
c/o: Evangelische Schulstiftung  
in Mitteldeutschland  
Postfach 80 06 53  
99032 Erfurt

Tel.: 0361 - 78 97 18 11

Fax: 0361 - 78 97 18 99

geschaeftsstelle@freie-schulen-  
thueringen.de

www.freie-schulen-thueringen.de

Der vorliegende Gesetzentwurf löst somit zwei elementare Probleme: Zum einen wird die im Jahr 2021 geänderte Rechtsauffassung des TMBJS bzgl. der Auslegung der §§ 17 Abs. 1 Nr. 1, § 18 Abs. 1 S. 4 ThürSchFTG, keine Overheadkosten der Ersatzschulträger mehr anzuerkennen, durch eine redaktionelle Konkretisierung ausgeschlossen und mithin dem Willen des Gesetzgebers Geltung verschafft. Zum anderen, und dieser Punkt wiegt noch schwerer, wird die aktuelle Verfassungswidrigkeit der §§ 17 Abs. 1 Nr. 1, 18 Abs. 1 S. 4 ThürSchFTG dadurch behoben, dass durch die gefundene Formulierung auch die Overheadkosten für die innere Schulverwaltung eingeschlossen werden.

## Recht und Realität

		LEGISLATIVE		EXEKUTIVE
		Verfassungsanspruch nach Art. 7 (4) GG und Art. 26 (2) ThürVerf	Gesetzesanspruch nach §17 u. §18 ThürSchFTG	TMBJS im Zuge der Verwendungsnachweis- prüfung für 2021
Äußere Schulverwaltung	<b>Kostenbereiche freier Schulträger</b>			
	<b>Personalkosten</b> für päd. Personal (z.B. Lehrer)	✓	✓	✓
	<b>Verwaltungskosten</b> (Overheadkosten)	✓	✓	✗
	→ Personalverwaltung	✓	✓	✗
	→ Finanzverwaltung	✓	✓	✗
	→ Liegenschaftsverwaltung	✓	✓	✗
Innere Schulverwaltung	→ päd. Organisation	✓	✗	✗
	→ Lehrkräftegewinnung	✓	✗	✗
	<b>Abschreibungen</b>	✓	✓	✗
	→ auf bewegliche Güter	✓	✓	✗
	<b>Sachkosten</b> z.B. Mieten für Schulgebäude	✓	✓	✓

© LAG der freien Schulträger in Thüringen

### 2. Abschreibungen

Mit der geänderten Rechtsauffassung des Ministeriums ging ebenfalls einher, dass freien Schulträgern anders als in der Vergangenheit die Möglichkeit genommen wurde, Abschreibungskosten im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung geltend zu machen. Dies bedeutete im Ergebnis die Nichtberücksichtigung von Abschreibungen der Ersatzschulträger für bewegliche Vermögensgegenstände im Rahmen der Finanzhilfe und damit einhergehend eine Verletzung des Grundrechts der Privatschulfreiheit der Ersatzschulträger aus Art. 7 Abs. 4 Satz 1 GG und Art. 26 Thüringer Verfassung, die neben der Betriebsfreiheit auch die Gestaltungsfreiheit der Schulen umfasst. Die Festlegung des Ministeriums, künftig nur noch die Geltendmachung der Investitionskosten im jeweiligen Anschaffungsjahr anzuerkennen, stellt für die freien Schulträger eine nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung gegenüber staatlichen Schulträgern dar. Bei größeren Anschaffungen mit erheblichem Finanzaufwand (z.B. Ausstattung ganzer Klassenräume mit Mobiliar oder Anschaffung von Technik) können die Investitionskosten die gesetzlich vorgesehene Finanzhilfe übersteigen, sodass die Ersatzschulträger die übersteigenden Kosten selbst tragen müssen. Eine solche Gefahr der die Finanzhilfe übersteigenden Kosten besteht bei

der Geltendmachung der Investitionskosten als Abschreibungen nicht, weil die Gesamtinvestitionen über die gesamte Nutzungsdauer (Abschreibungsdauer) aufgeteilt werden.

Zudem werden die privaten Schulträger durch eine Beschränkung der Finanzhilfe auf Abschreibungen im Jahr der Anschaffung der Vermögensgegenstände durch die Hintertür zu einer bestimmten Verwaltungspraxis - der Kameralistik - gezwungen; eine kaufmännische Buchführung (Doppik) wäre insoweit ausgeschlossen. Auch hierin liegt ein nicht gerechtfertigter Eingriff in die durch Art. 7 Abs. 4 Satz 1 GG garantierte Gestaltungsfreiheit der Schulträger.

Aus unserer Sicht ist die vorliegende Novellierung daher zu begrüßen, da die redaktionelle Schärfung die Auslegungsspielräume des Ministeriums begrenzt und die Verfassungskonformität der Verwendungsnachweisprüfung in dieser Frage wieder gewährleistet.

### 3. Inkrafttreten

Die geplante Novellierung ist aus Sicht der freien Schulträger durchaus geeignet, den nun schon unnötig lange schwelenden Konflikt um die Verwendungsnachweisprüfung zu befrieden. Wir sehen jedoch im vorliegenden Entwurf noch Nachbesserungsbedarf hinsichtlich der Frage des Umgangs mit den bereits zurückliegenden Prüffahren 2021-2023, da die Novellierung erst zum 01.01.2024 in Kraft treten soll. Wir regen daher einen zusätzlichen Passus an, welcher das Ministerium zur Anwendung der neuen gesetzlichen Regelungen für alle aktuell noch offenen Verwendungsnachweisprüfungen verpflichtet. Folgende Klarstellung halten wir für denkbar:

*„Diese Vorschrift findet Anwendung auf Verwendungsnachweisprüfungen der Jahre 2021ff. nach Absatz 10.“*

Ziel sollte sein, den entstandenen Konflikt abschließend zu befrieden und nicht im Nachgang neue Reibungspunkte durch Auseinandersetzungen über vergangene Verwendungsnachweisprüfungen entstehen zu lassen.

### 4. Ausblick

Als Vertretung der freien Schulträger in Thüringen möchten wir in diesem Zusammenhang anregen, das System der staatlichen Finanzhilfe in der kommenden Legislaturperiode in der Frage der Verwendungsnachweisprüfung in eine logische Stringenz zu setzen. Das derzeit in der Erstellung befindliche Evaluationsgutachten zur Angemessenheit der staatlichen Finanzhilfe wird entsprechend dem vereinbarten Auftrag die staatlichen Schülerkosten als Ausgangspunkt der Finanzhilfeberechnungen für freie Schulen betrachten. Entsprechend der gesetzlichen Vorgaben erhalten die freien Schulträger einen pauschalierten Vomhundertsatz der staatlichen Schülerkosten. Die pauschalierte Mittelzuweisung ist in Thüringen (und anderen Bundesländern wie beispielsweise Sachsen) ein bekannter Weg und findet zum Beispiel auch bei der Finanzierung des Landessportbunds und der LIGA entsprechend Anwendung. Im Unterschied zu den freien Schulen gibt es bei diesen Mittelzuweisungen jedoch keine so umfassende Verwendungsnachweisführung und -prüfung<sup>1</sup>, vielmehr beschränkt sich diese auf jährliche Testate von staatlich anerkannten Wirtschaftsprüfern. In Sachsen wurde die Verwendungsnachweisführung und -prüfung bereits 2015 mit der Begründung abgeschafft, dass „durch die Orientierung der staatlichen Finanzhilfe an der Höhe der Ausgaben für Schulen in öffentlicher Trägerschaft eine Überfinanzierung ausgeschlossen“<sup>2</sup> ist und daher entfallen kann.

Aus den vorgenannten Gründen regen wir daher an, im Zuge der anstehenden Evaluation den Fortbestand der Verwendungsnachweisverfahren auf den Prüfstand zu stellen und im Sinne eines Bürokratieabbaus ähnlich wie im Nachbarland Sachsen abzuschaffen. Seitens der Träger und seitens der staat-

<sup>1</sup> <https://bildung.thueringen.de/schule/schulwesen/freie-traeger>, siehe Materialien zu den Verwendungsnachweisen

lichen Schulverwaltung (Ministerium, Schulämter) würden nicht unerhebliche Ressourcen für die wirklich wichtigen Herausforderungen in unserem Thüringer Schulwesen freigegeben.

Für die Berücksichtigung unserer Anmerkungen danken wir bereits im Voraus. Für Ihre Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

*Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft  
der freien Schulträger in Thüringen*

*Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft  
der freien Schulträger in Thüringen*